



## DRINGLICHE RESOLUTION

<b>Urheber</b>	Le Centre, durch Vincent Roten, PLR/FDP, durch David Rossier, Les Vert.e.s, durch Emmanuel Revaz und SVPO, durch Lukas Jäger
<b>Gegenstand</b>	Krise in der Landwirtschaft: Es besteht dringender Handlungsbedarf!
<b>Datum</b>	10/03/2024
<b>Nummer</b>	2024.03.011

### **Aktualität des Ereignisses**

In ganz Europa gehen die Landwirtinnen und Landwirte auf die Strasse, und auch in der Schweiz steht die Agrarpolitik im Zentrum der öffentlichen Debatte.

### **Unvorhersehbarkeit**

Es war nicht vorhersehbar, dass trotz der von den Bundesinstanzen im Rahmen der periodischen Revisionen der Landwirtschaftsgesetzgebung eingegangenen Verpflichtungen keine der Forderungen umgesetzt und die Vollzugsverordnungen der Notlage unserer Landwirtinnen und Landwirte nicht Rechnung tragen würden.

### **Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme**

Die eidgenössischen Räte haben die Revision der Agrarpolitik gerade in Angriff genommen, weshalb wir uns umgehend zu den Forderungen der Landwirtschaftskreise positionieren müssen.

Mit dieser Resolution bekräftigt der Grosse Rat des Kantons Wallis seine Unterstützung für die Anliegen der Landwirtinnen und Landwirte in der Schweiz und in ganz Europa. Seit Jahren steht der für unsere Gesellschaft so wichtige Agrarsektor unter immer grösserem Druck.

Der Grosse Rat unterstützt die von der Gruppe «Action Agricole Valais» und der Walliser Landwirtschaftskammer vorgebrachten Forderungen der Landwirtschaft.

Diese sehen folgendermassen aus:

- \* bessere Anerkennung der Rolle der Landwirtschaft und ihres Engagements für eine nachhaltige, umwelt- und tierfreundliche Nahrungsmittelproduktion;
- \* keine Sparprogramme auf dem Rücken der Landwirtschaft: Die Kürzungen des Agrarbudgets und der Direktzahlungen des Bundes müssen bekämpft und abgelehnt werden;
- \* Transparenz der Grossverteiler in Sachen Margen auf den in der Schweiz eingekauften und verkauften Landwirtschaftsprodukten;
- \* weniger Bürokratie: Die Agrarpolitik muss unbedingt vereinfacht und die administrativen Anforderungen sowie die Kontrollen, die den Landwirtinnen und Landwirten auferlegt werden, müssen reduziert werden;
- \* keine neuen Auflagen, die nicht entschädigt werden: In den letzten Jahren wurden zahlreiche Auflagen eingeführt, ganz zu schweigen vom freiwilligen Engagement der Bauernfamilien für die Umwelt und das Tierwohl. Diese Anstrengungen tragen nun die ersten Früchte. Die Landwirtschaft lehnt zusätzliche nicht entschädigte Massnahmen ab, die das System nur verkomplizieren und die inländische Produktion zugunsten von Importen schwächen würden;
- \* Gewährleistung der Ernährungssicherheit: Der Selbstversorgungsgrad muss optimiert und das Produktionspotenzial der Landwirtschaftsböden erhalten werden. Der Import von Agrarprodukten führt denn

auch zu unlauterem Wettbewerb gegenüber Schweizer Produkten. Zudem führt er zu unnötigen Umweltbelastungen, insbesondere zu transportbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen.

\* Reform des Prozesses zur Revision der Agrarpolitik, indem längere Perioden eingeführt und die Betroffenen stärker einbezogen werden.

### **Schlussfolgerung**

Mit dieser Resolution bringt der Grosse Rat des Kantons Wallis offiziell seine Unterstützung für die Anliegen der Schweizer Landwirtschaft zum Ausdruck. Er fordert die Bundesversammlung auf, die Forderungen unserer Landwirtinnen und Landwirte in entsprechende Gesetzesbestimmungen einfließen zu lassen.